

### Mit der Frage der Kleinwohnungsnot,

die das „Hamburger Fremdenblatt“ in zwei von Sachverständigen W. J. W. Dr., 29. März, und Architekt Groothoff, 18. Mai) geschriebenen Aufsätzen behandelt hatte, beschäftigt sich Herr S. S. R a m b a h, M. d. B., in einem längeren Artikel in der „Grundigentümer-Zeitung“, er sucht darin die Gründe des Verfassers der ersten Zuschrift, die für die Entstehung einer Wohnungsnot sprechen, zu widerlegen, indem er hauptsächlich den Vergleich mit den Zuständen nach 1870/71 ablehnt. Jener Feldzug habe 50 000 Menschen das Leben gekostet, der gegenwärtige das Zwanzigfache; damals seien 1½ Milliarden Kriegskosten entstanden und vier Milliarden Entschädigung bezahlt, diesmal würde infolge Erschöpfung aller kriegführenden Länder kein solcher Ueberfluß an Geld und infolgedessen keine Unternehmungslust entstehen, so daß kein Zustuß nach den Großstädten zu erwarten sei wie damals. Die Zahl der Kriegstruppen überschreite das sonstige Maß nicht, die Volksermehrung gleiche die entstandenen Verluste nicht aus. Die Rückwanderung vieler Auslandsdeutschen sei ungewiß. Auf jeden Fall sei für drei Jahre noch eine Reserve von Wohnungen da; in dieser Zeit könne alles nachgeholt werden, zumal in Hamburg die Zahl der Bauarbeiter sehr groß sei. Es liege also kein Grund zu der Befürchtung vor, daß eine Wohnungsnot entstehe. Die von dem Sachverständigen vorgeschlagenen Maßregeln, Hergabe von billigem Baugrund und Absperrung von Straßen, würden dem hamburgischen Staat durch Entwertung seines einzigen positiven Besitzes, seines Grundes und Bodens, Schaden und ihm große Kosten auferlegen, ja, seine Steuerkraft schädigen.

Und dann kommt ein Satz, der alles vorhergehende wieder in Frage stellt; Herr Ramhah schreibt: „Der Streit um eine etwa drohende Wohnungsnot hat also zurzeit eigentlich nur ein akademisches Interesse; auch derjenige, der die Wichtigkeit vorstehender Darlegungen bestreitet, wird nichts anderes tun können, als den Verlauf der Dinge abzuwarten, um dann ebenmäßig einzugreifen. Nur dann, wenn die Wohnungsnot wirklich da ist, werden auch die Arbeitskräfte verfügbar sein, ihr abzuhelfen, sonst nicht.“ Nach unserer Auffassung handelt es sich darum, daß man eben nicht so lange warten darf, bis die Wohnungsnot wirklich da ist; dann ist es zu spät. Die Frage muß eben studiert werden, ob sie kommen wird; die bisherigen Studien von W. J. W. Dr., Senator Moscher und Groothoff, die sich auf zuverlässiges Zahlenmaterial stützen, haben ergeben, daß sie in Erscheinung treten wird, und das ist unseres Erachtens Grund genug für die Behörden, in amtliche Prüfungen über die Frage einzutreten und, wenn sie, ebenso wie die genannten Sachverständigen, zur Bejahung kommen, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. „Nuhig abwarten“ ist ein Rat, den man in dieser Zeit nicht erteilen sollte. Endlich ist die Tatsache doch nicht aus der Welt zu schaffen, daß jetzt drei Jahre lang nicht gebaut worden ist und 1870/71 eine Wohnungsnot entstand, obwoh! keine Verminderung der Bautätigkeit eintrat.